

PRESSE-HINTERGRUNDINFORMATIONEN

der Autorengruppe Bildungsberichterstattung zu zentralen Ergebnissen des Bildungsberichts 2012

22. Juni 2012

Mit dem Bildungsbericht 2012 legt eine unabhängige Gruppe von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zum vierten Mal eine umfassende und empirisch fundierte Bestandsaufnahme des deutschen Bildungswesens vor. Zu der Autorengruppe gehören neben dem federführenden Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) das Deutsche Jugendinstitut (DJI), die Hochschul-Informationen-System GmbH (HIS), das Soziologische Forschungsinstitut an der Universität Göttingen (SOFI) sowie die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Destatis und StLÄ) an. Die Erarbeitung des Berichts „Bildung in Deutschland 2012“ wurde von der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (KMK) und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert.

Die Bildungsberichte stellen den Entwicklungsstand, die Fortschritte und sich abzeichnende Probleme des deutschen Bildungswesens bereichsübergreifend dar – von der frühkindlichen Bildung über das allgemeinbildende Schulwesen, die berufliche Ausbildung und die Hochschulbildung bis zur Weiterbildung im Erwachsenenalter. So liefert die indikatorengestützte Analyse Anhaltspunkte für bildungspolitisches Handeln. In einem Schwerpunktkapitel betrachtet der Bericht 2012 die „kulturelle/musisch-ästhetische Bildung im Lebenslauf“.

Zentrale strukturelle Herausforderungen für die Bildungspolitik

Es deuten sich weitreichende Veränderungen in der Bildungslandschaft an, die das Verhältnis zwischen den Bildungsinstitutionen sowie zwischen Institutionen und ihren Nutzern sukzessive umgestalten werden und schon heute neben neuen inhaltlichen Aufgaben strukturelle Herausforderungen für Bildungspolitik, -administration und -institutionen erkennen lassen:

- Zunehmende Flexibilisierung der Bildungswege und Öffnung der Grenzen zwischen Bildungsinstitutionen verlangen nach Koordinierungs- und Steuerungsformen, die die bisherigen Ämter- und ministeriellen Zuständigkeitsstrukturen auflockern und systematische Kooperation zwischen Bildungsinstitutionen erfordern.
- Das Bildungssystem differenziert sich zunehmend aus, indem unterschiedlich ausgestaltete Bildungswege angeboten werden (G8/G9, halbtags/ganztags, öffentlich/privat, an allgemeinbildenden/beruflichen Schulen usw.). Dadurch eröffnen sich neue Bildungschancen für die einzelnen Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Um diese Chancen wahrzunehmen, muss deren Kompetenz zur individuellen Planung von Bildungswegen intensiver gefördert werden.
- Die funktionale Entgrenzung und Pluralisierung der Bildungseinrichtungen schreitet voran. Kooperationen mit Einrichtungen der kulturellen, sozialen und sportlichen Bildung gewinnen für die Erfüllung der Bildungsaufgaben an Bedeutung. Bildungspolitik lässt sich immer weniger im Rahmen traditioneller Ressortpolitik erfolgreich wahrnehmen, sie ist zunehmend auf Kooperation mit Akteuren aus anderen Politikfeldern angewiesen.



Die Mitglieder der Autorengruppe Bildungsberichterstattung vertreten die folgenden Einrichtungen: Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF), Deutsches Jugendinstitut (DJI), Hochschul-Informationen-System GmbH (HIS), Soziologisches Forschungsinstitut an der Universität Göttingen (SOFI), Statistisches Bundesamt (Destatis) und Statistische Landesämter (StLÄ)

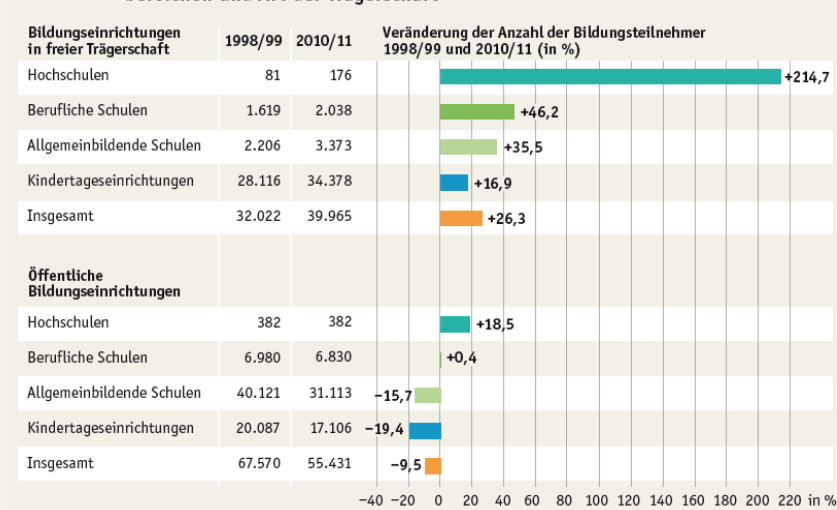
Mit der Federführung des Berichts ist das Deutsche Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) betraut.
 Presse-Kontakt: Dr. Steffen Schmuck-Soldan, DIPF, Tel: +49 (0) 69 / 247 08 -133, schmuck-soldan@dipf.de

Wichtigste Befunde des Bildungsberichts 2012

Wandel der Bildungslandschaft?

Die Zahl der Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft ist in den letzten zwölf Jahren um ein Viertel gestiegen, während die Zahl der öffentlichen Einrichtungen um ein Zehntel zurückgegangen ist. Besonders hoch ist die Zunahme von allgemeinbildenden Schulen in freier Trägerschaft (53%) und dabei insbesondere der Grundschulen (152%), bei denen die restriktiven Verfassungsvorgaben einen anderen Trend hätten erwarten lassen.

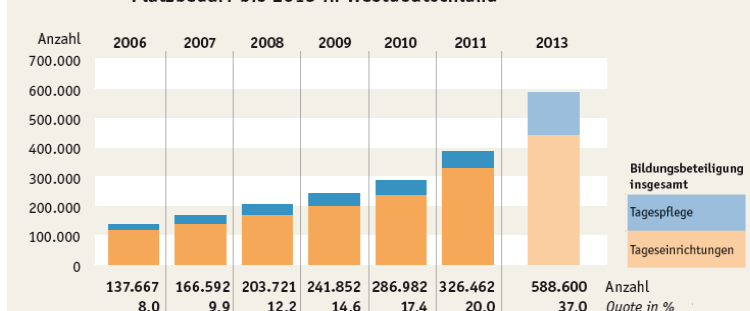
Abb. B1-1: Veränderung der Anzahl der Bildungseinrichtungen und der Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer 1998/99 und 2010/11 nach Bildungsbereichen und Art der Trägerschaft



Bei diesen Entwicklungen sind zwei Sachverhalte im Auge zu behalten, bevor man in ihnen einen grundlegenden Wandel der deutschen Bildungslandschaft annimmt und in ihnen nicht Ergänzungen für spezielle thematische Bedarfe oder Gruppen sieht: 80% des Anstiegs nach 1998 sind darauf zurückzuführen, dass in den ostdeutschen Ländern vor der Vereinigung Bildungseinrichtungen nur in staatlicher Trägerschaft standen. Zum anderen sind die Teilnehmerzahlen bei den Einrichtungen in freier Trägerschaft nicht in jeweils gleichem Umfang wie die der Einrichtungen gestiegen, da es sich im Regelfall um kleinere Einrichtungen als bei denen in öffentlicher Trägerschaft handelt. Ihr Anteil an der Gesamtheit der Schüler und Studierenden beträgt 7,8%.

Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung

Abb. C2-2: Unter 3-Jährige in Kindertagesbetreuung 2006 bis 2011 sowie Platzbedarf bis 2013 in Westdeutschland

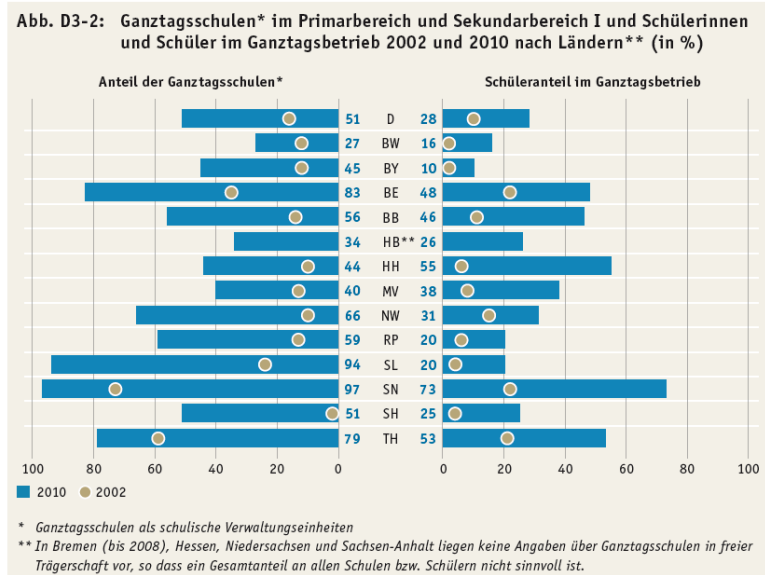


Es sind vor allem die positiven Entwicklungen – nahezu regelhafter Besuch von Kindertageseinrichtungen bei 3- bis 6-Jährigen; starker Anstieg an Kindertagesbetreuung bei unter 3-Jährigen auf inzwischen bundesweit 25%; verbesserte Personalschlüssel – die neue Probleme und politische Herausforderungen hervorbringen.

Der U3-Ausbau muss massiv beschleunigt werden, damit der im August 2013 in Kraft tretende Rechtsanspruch auf ein Betreuungsangebot in Westdeutschland für durchschnittlich mindestens 37% der unter 3-Jährigen erfüllt werden kann. Um die Angebote ohne Qualitätsminderung sicher zu stellen, sind besondere Maßnahmen zur Gewinnung zusätzlicher pädagogischer Fachkräfte dringend erforderlich. Nach einer Schätzung auf Basis des Kinderförderungsgesetzes **würden ohne weitere Maßnahmen bis 2013 in Westdeutschland ca. 175.000 Plätze in Kindertageseinrichtungen und 88.000 in Tagespflege sowie schätzungsweise mindestens 12.400 Fachkräfte und zwischen 22.000 und 29.000 Tagespflegepersonen fehlen.**

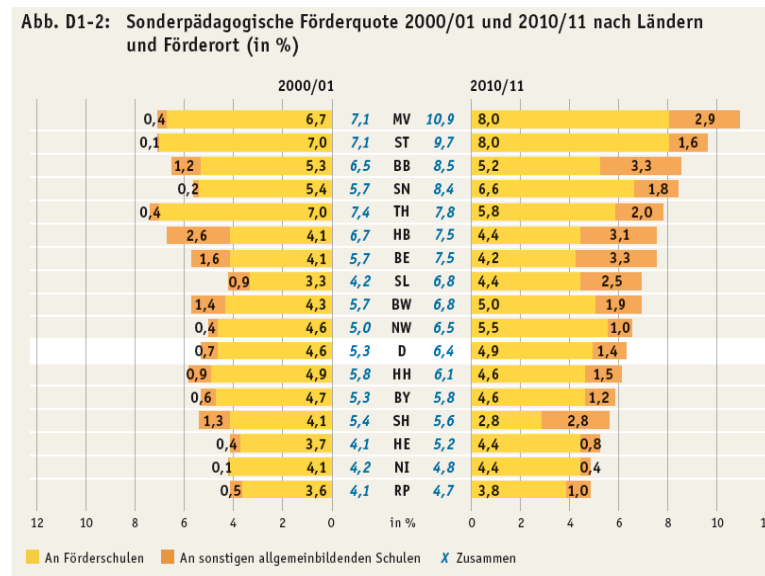
Allgemeinbildende Schulen

Neben positiven Entwicklungen – wie ein weiter steigendes Niveau der Schulabschlüsse, zu dem zunehmend zweite Schulabschlüsse beitragen, sowie der Rückgang der Absolventen ohne Hauptschulabschluss und eine Zunahme des mittleren Leistungsniveaus der 15-Jährigen – stehen Befunde, die erhöhter politischer Aufmerksamkeit bedürfen:



Die Hälfte der Lehrkräfte sind über 50 Jahre alt. Den hohen Ersatzbedarf quantitativ und ohne Qualitätseinbußen zu sichern, wird keine leichte dauerhafte Aufgabe der Politik sein.

Das Potential von Ganztagschulen wird zu wenig ausgeschöpft. Der Ausbau von Ganztagschulen variiert stark nach Ländern, vollzieht sich überwiegend in offener Form und erreicht bisher **nur ein Viertel der Schüler.** Ihr weiterer Ausbau in gebundener (verpflichtender) Form würde pädagogische Gestaltungsspielräume erweitern und käme besonders bildungsbenachteiligten Jugendlichen zu Gute.

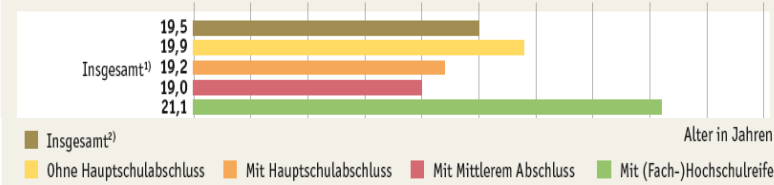


Die UN-Behindertenrechtskonvention wird im nächsten Jahrzehnt **erhöhte Anforderungen an die Schulen stellen, Kinder und Jugendliche mit sonderpädagogischen Förderbedarf zu integrieren.** Die Erhöhung der Integrationsquote seit 2000 vollzog sich nach Ländern sehr unterschiedlich und bewirkte in den meisten Ländern keinen Rückgang des Anteils der Förderschüler.

Berufliche Ausbildung

Die Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt hat sich vor allem aufgrund des demografisch bedingten Rückgangs des Bewerberpotentials deutlich entspannt, so dass auch der Anteil der Neuzugänge im Übergangssystem merklich zurückgegangen ist. Von den Neuzugängen in die berufliche Bildung wechseln aber immer noch ca. 30% (bzw. 300.000) in das Übergangssystem. Sie bleiben eine Herausforderung für die Politik. Auch weitere strukturelle Probleme der Berufsausbildung wie hohe Vertragsauflösungsquoten, später Ausbildungsbeginn und regionale Passungsschwierigkeiten zwischen Ausbildungsabschlüssen und Arbeitsmarktbedarf werfen Fragen an die Politik auf:

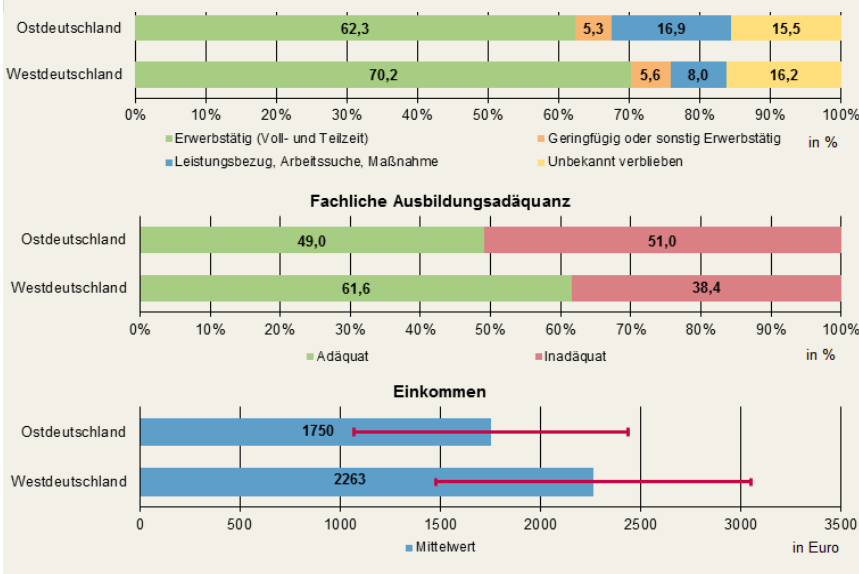
Abb. E1-4: Durchschnittliches Alter der Auszubildenden zum Zeitpunkt des Vertragsbeginns 2010 nach Schulabschluss* und ausgewählten Ausbildungsbereichen (in %)



* Ohne Neuverträge mit sonstigen und nicht zuordenbaren Abschlüssen
 1) Insgesamt bezieht sich auf alle Neuverträge bzw. Ausbildungsbereiche.
 2) Insgesamt einschließlich Neuzugänge mit sonstigen und nicht zuordenbaren Abschlüssen

Das Durchschnittsalter bei Eintritt in eine duale Ausbildung ist 2010 auf 19,5 Jahre gestiegen – bei einer großen Streubreite des Alters zwischen 16 und 30 Jahren. Der Hauptgrund liegt nicht bei dem Fünftel Ausbildungsanfängern mit Hochschulreife, sondern dem relativ hohen Alter aller Schulabsolventenkategorien bei Ausbildungsantritt – vor allem der Absolventen ohne und mit Hauptschulabschluss.

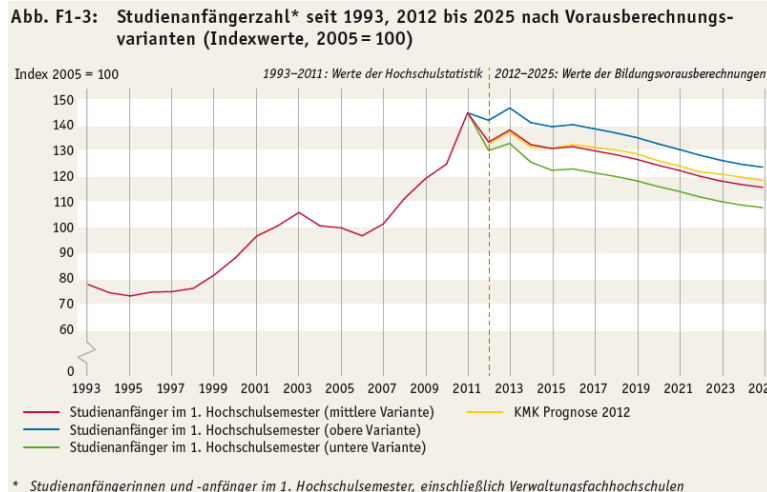
Abb. E5-8web: Erwerbsstatus, fachliche Ausbildungsadäquanz der Tätigkeit und Einkommen von Ausbildungsabsolventen 2006 36 Monate nach Ausbildungsabschluss West-Ost



Die **Darstellung des Arbeitsmarkteintritts** von Ausbildungsabsolventen über einen Zeitraum von drei Jahren **zeigt starke Disparitäten zwischen West- und Ostdeutschland nach Erwerbsstatus, Einkommen und Ausbildungsadäquanz der Tätigkeit**. Wenn drei Jahre nach Ausbildungsabschluss die Hälfte der Jugendlichen im Osten nicht ausbildungsadäquat beschäftigt und doppelt so oft arbeitslos ist, zudem ein Viertel weniger verdient als die westdeutschen Ausbildungsabsolventen, kann das nur die **Attraktivität der Ausbildung und damit die Fachkräftesicherung in Ostdeutschland gefährden**.

Hochschulbildung

Die auffälligste Dynamik im Hochschulbereich liegt in dem explosionsartigen Anstieg der Studienanfängerquote seit 2006 auf 55% 2011, der begründet ist durch die steigende Bildungsbeteiligung bei den zur Hochschulreife führenden Einrichtungen, G8 und das Aussetzen der Wehrpflicht. Auch wenn sich nach Abflachen der Sonderbedingungen und aufgrund demografischer Effekte die absoluten Studienanfängerzahlen nach 2015 rückläufig entwickeln werden, wird die Studienanfängerquote sich mittel- und langfristig bei etwa 50% einpendeln. Daraus entstehen Fragen an die Politik:

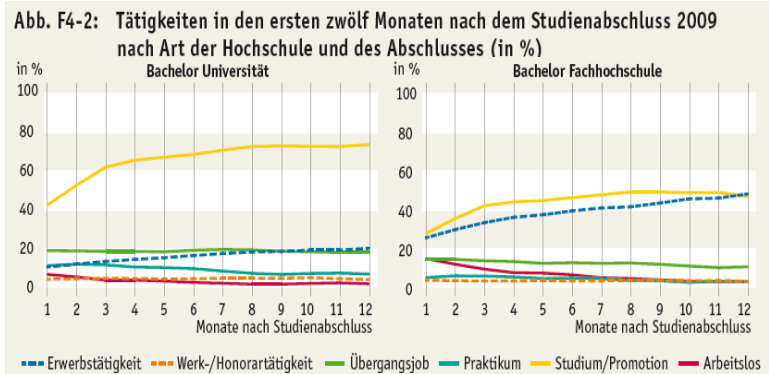


Zur **Auslastung** und zu Ressourcen des Hochschulsystems: **die Referenzlinien des Hochschulpaktes liegen bis 2015 um ca. 300.000 Studienplätze zu niedrig.**

Wie gestaltet sich das Verhältnis von Hochschul- und beruflicher Bildung, wenn die Hochschulen zum quantitativ stärksten Ausbildungssektor der Volkswirtschaft werden?

Welche Auswirkungen sind für Beschäftigungssystem und Arbeitsmarkt zu erwarten?

Von starkem Interesse ist auch der kontinuierlich starke Anstieg der Zahl der Hochschulabsolventen. Bei den neuen Bachelor-Abschlüssen herrscht offensichtlich Unsicherheit über den Arbeitsmarktwert. Bei den **Universitäts-Bachelor-Absolventen streben 12 Monate nach Studienabschluss bis zu 80% einen Master an.** Auch hier stellt sich die Frage nach verfügbaren Kapazitäten.



Weiterbildung/Lernen im Erwachsenenalter

An der Situation in der Weiterbildung hat sich im Berichtszeitraum in der Struktur der Angebote wie auch der Teilnahme wenig geändert, so dass die bisherigen sozialen Disparitäten in der Weiterbildungsteilnahme weitgehend stabil bleiben. Angesichts der Wissensdynamik und der demografischen Entwicklung erscheinen folgende Befunde besonders problematisch:

In der betrieblichen Weiterbildung kommt es zu einem deutlichen Rückgang der Weiterbildungsteilnahme von Fachkräften und der jüngsten Altersgruppe.

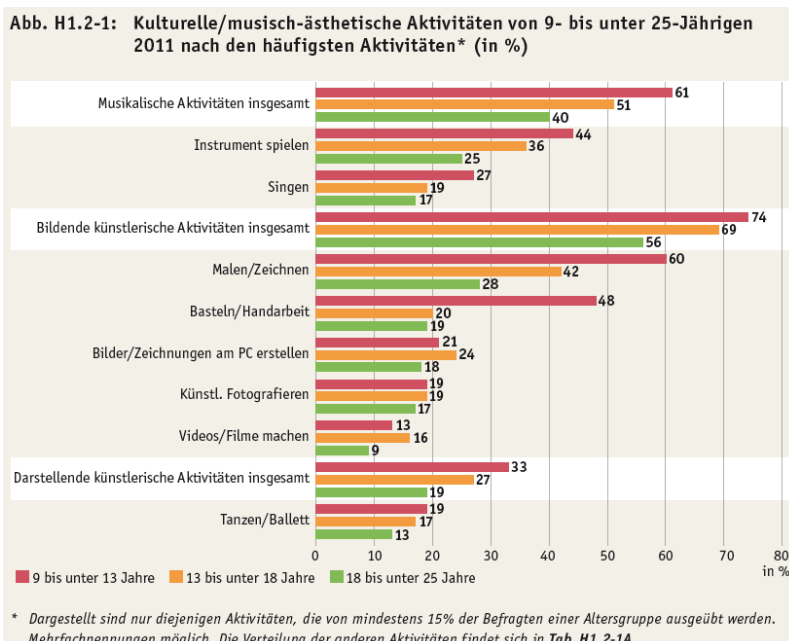
Es gibt weniger Weiterbildungsangebote für Ältere, sowohl in Betrieben als auch in öffentlichen Weiterbildungseinrichtungen.

Bei der Weiterbildung hochqualifizierter Arbeitskräfte dominieren außeruniversitäre Anbieter, die Rolle der Universitäten erscheint schwach.

Über Weiterbildungseffekte besteht nur begrenzte Transparenz.

Schwerpunktkapitel „Kulturelle/musisch-ästhetische Bildung im Lebenslauf“

Mit dem Schwerpunktkapitel „Kulturelle/musisch-ästhetische Bildung im Lebenslauf“ wird erstmalig im Rahmen der Bildungsberichterstattung ein spezifischer Aspekt von Bildung betrachtet, der in Anbetracht einer zunehmend auf schulische Kernfächer konzentrierten öffentlichen Diskussion aus dem Blick zu geraten droht. Bund und Länder ebenso wie die Autorengruppe betonen mit der Erörterung dieses Themas die Bedeutung eines umfassenden und breiten Verständnisses von kultureller Bildung über die Lebensspanne hinweg und deren hohe Relevanz für die Entwicklung von Persönlichkeit und Identität.



Es besteht in allen Lebensphasen ein breites Interesse aller gesellschaftlichen Gruppen an kultureller Bildung.

Non-formale Einrichtungen wie Kunst- und Musikschulen aber auch viele Vereine oder Chöre und Laienorchester sind für künstlerisch-ästhetische Erfahrungen von zentraler Bedeutung.

Ältere Jugendliche und junge Erwachsene verwirklichen ihre künstlerischen Interessen zwar zunehmend selbst, privat und in nicht institutionalisierter Form, non-formale Bildungsformen haben aber insgesamt einen höheren Wirkungsradius als formale, zum Beispiel Schulen.

Die Unterrichtsbedingungen für die musisch-ästhetischen Fächer unterscheiden sich stark nach Schulart sowie nach Ganz- und Halbtagschule. Es ist und bleibt wichtig, das pädagogische Personal fundiert auszubilden, um allen Kindern und Jugendlichen künstlerisch-ästhetische Erfahrungen qualifiziert zu vermitteln.

Es ist zunehmend zu erkennen, dass Bildungseinrichtungen Fachkompetenz aus dem kulturellen Bereich nutzen wollen – zum Beispiel über Kooperationen mit Musikschulen. Ganztagschulen erweitern die Möglichkeiten, unterrichtsergänzende Angebote im Bereich der kulturellen/musisch-ästhetischen Bildung zu realisieren.